

Rede Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen) Landtagssitzung am 14.05.2019:

Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen

Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier vor knapp einem Jahr einen Antrag eingebracht, mit dem wir sozusagen den Atomausstieg vollenden wollen. Sie wissen alle: 2022 geht zwar das letzte AKW vom Netz gehen, aber wir werden dann immer noch das Problem mit dem Atommüll haben. Und wenn sich nichts ändert, werden wir in Niedersachsen weiterhin die Brennelementefabrik in Lingen und in Nordrhein-Westfalen die Urananreicherung in Gronau haben.

Das war für uns Anlass zu sagen: Das kann kein Dauerzustand sein, sondern der Atomausstieg muss konsequent zu Ende geführt werden. Und damit waren wir ja auch nicht die Einzigen: In der letzten Bundesregierung hat sich dafür auch die Ex-Umweltministerin Barbara Hendricks eingesetzt. Sie hat verschiedene Rechtsgutachten in Auftrag gegeben: einmal zu der Frage, ob man rechtssicher stilllegen kann, und zum anderen zu der Frage, ob man den Export von Brennelementen ins Ausland, insbesondere zu den sogenannten Schrottreaktoren in Belgien und in Frankreich, unterbinden kann. Dazu wurde gesagt, das sei durchaus möglich, und das war für uns Anlass zu sagen: Wir wollen auch hier noch einmal eine deutliche Positionierung!

Wir haben von der GroKo zunächst gehört – namentlich von Herrn Bosse im Ausschuss im September 2018 -, dass man eventuell einen Änderungsantrag formulieren will. Also haben wir abgewartet. Dann hieß es: Im Bund wird auch darüber diskutiert, und das wollen wir erst einmal abwarten; wir wollen uns hier nicht positionieren.

Ich muss ganz klar sagen: Das war eine Rolle rückwärts; denn jetzt wird unser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD und wahrscheinlich auch von den anderen einfach abgelehnt werden. Und so eine Rolle rückwärts habe ich hier von der SPD wirklich noch nicht gesehen!

Ich bin tatsächlich enttäuscht, was das angeht. Es wird immer kolportiert: In Sachen Atomausstieg sind wir uns doch alle einig, das müssen wir vorantreiben. Das müssen wir doch auch nicht ins Grundgesetz schreiben, darin sind wir uns doch wirklich einig. – Aber wenn es dann spitz auf Knopf kommt, wird ein Rückzieher gemacht. So jetzt auch im Bund: Frau Schulze, die neue Umweltministerin, prüft und prüft, aber irgendwie passiert nichts. Für uns ist das ein ganz klares Zeichen dafür, dass es hier zwischen den Koalitionspartnern keine Einigung gibt.

Unter Rot-Grün sah das ganz anders auch. Stefan Wenzel hatte als rot-grüner Umweltminister einen einstimmigen Beschluss bei der Umweltministerkonferenz durchgesetzt. Das war eine sehr große Leistung. Aber das alles wird jetzt dadurch verwässert, dass Sie hier, auch mit Stimmen der SPD, unseren Antrag ablehnen.

Nun gab es im Dezember ja diesen Brand und daraufhin den entsprechenden politischen Druck. Der hätte doch eigentlich auch bei Ihnen ankommen müssen. Aber scheinbar melden sich die Leute immer nur bei uns.

Und es geht hier ja wirklich nicht nur um Symbolpolitik, sondern es geht um die Sicherheit in Deutschland. Über Sicherheit haben wir heute schon viel diskutiert. Aus Niedersachsen werden Brennelemente z.B. nach Tihange exportiert; das ist ungefähr 350 km von Osnabrück entfernt. Wenn dieser Reaktor in die Luft geht, dann werden wir alle sagen: Oh ja, jetzt müssen wir doch irgendwie was machen. Aber im Vorfeld passiert nichts. Wir brauchen immer Katastrophen, damit sich etwas ändert – das ist doch wirklich erschreckend. Tihange ist ein Schrottwerk mit über 1 000 Rissen im Reaktordruckbehälter, das sich schon mehrfach selbst abgeschaltet hat usw. Nach deutschem Recht wäre es wahrscheinlich schon längst nicht mehr am Netz.

Es ist unverantwortlich, dass Sie hier mit uns nicht an einem Strang ziehen.